

ACHTER BERICHT

über die Tätigkeit der Härtefallkommission des Landes

Rheinland-Pfalz in den Jahren 2019 und 2020

INHALT

| | |
|--|-----------|
| VORBEMERKUNGEN | 3 |
| 1. DIE HÄRTEFALLKOMMISSION DES LANDES RHEINLAND-PFALZ | 4 |
| 1.1 Aufgabe der Härtefallkommission | 4 |
| 1.2 Zusammensetzung | 4 |
| 1.3 Verfahrensablauf | 5 |
| 1.3.1 Eingaben an die Härtefallkommission | 5 |
| 1.3.2 Rechtliche Folgen der Anrufung der Härtefallkommission | 5 |
| 1.3.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Sachbefassung | 6 |
| 1.4 Verfahren der Härtefallkommission | 6 |
| 1.5 Entscheidung des Integrationsministeriums | 7 |
| 1.6 Geschäftsstelle der Härtefallkommission | 7 |
| 2. HÄRTEFALLKOMMISSIONSSTATISTIK | 8 |
| 2.1 Berichtszeitraum 2019 | 8 |
| 2.3 Berichtszeitraum 2020 | 17 |
| 3. ANTRAGS- UND ENTSCHEIDUNGSGRÜNDE | 28 |

Vorbemerkungen

Seit Juni 2005 ist in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage des § 23a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eine Härtefallkommission nebst Geschäftsstelle eingerichtet, welche beim Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration (nachfolgend kurz: Integrationsministerium) angesiedelt ist.

Seit dem Jahr 2012 berichtet das Integrationsministerium dem Landtag über die Tätigkeit der rheinland-pfälzischen Härtefallkommission. Erstmals umfasst der achte Bericht die Tätigkeit von zwei Kalenderjahren.

Alle bisherigen Tätigkeitsberichte können im Internet unter **<https://mffki.rlp.de/de/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/haertefallkommission-des-landes-rheinland-pfalz/>** abgerufen werden. Hier sind auch weitere Hinweise zum Ablauf des Härtefallverfahrens und den Rechtsgrundlagen sowie die aktuelle Mitgliederliste der Härtefallkommission hinterlegt.

1. Die Härtefallkommission des Landes Rheinland-Pfalz

1.1 Aufgabe der Härtefallkommission

Die Härtefallkommission prüft im Einzelfall, ob dringende humanitäre oder persönliche Gründe den weiteren Aufenthalt einer vollziehbar ausreisepflichtigen ausländischen Person im Bundesgebiet rechtfertigen. Stellt die Kommission mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder fest, dass die Besonderheiten des Einzelfalles für einen weiteren Aufenthalt sprechen, bittet sie in einem sogenannten „Härtefallersuchen“ das Integrationsministerium, gegenüber der zuständigen Ausländerbehörde die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis anzuordnen. Das Härtefallersuchen kann auch nur für einzelne Personen aus einem Familienverband gestellt werden. Das Härtefallersuchen hat Empfehlungscharakter. Entspricht das Integrationsministerium diesem Ersuchen, wird die Ausländerbehörde angewiesen, eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23a AufenthG zu erteilen. Diese Anordnung kann mit bestimmten Bedingungen oder Auflagen verbunden werden.

1.2 Zusammensetzung

Die Härtefallkommission in Rheinland-Pfalz besteht aus zwölf Personen und setzt sich zusammen aus

1. der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär des für das Ausländerwesen zuständigen Ministeriums als vorsitzendes Mitglied,
2. der oder dem Bürgerbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz,
3. einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter des für das Ausländerwesen zuständigen Ministeriums,
4. der oder dem Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration bei dem für die integrationspolitischen Angelegenheiten zuständigen Ministerium,
5. sowie acht weiteren Mitgliedern mit jeweils einer Stellvertretung, die durch die Ministerin oder den Minister des für das Ausländerwesen zuständigen Ministeriums auf Vorschlag des Städtetages Rheinland-Pfalz, des Landkreistages Rheinland-Pfalz, der oder des Beauftragten der Evangelischen und der Katholischen Kirche am Sitz der Landesregierung, der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, der Menschenrechtsorganisation Amnesty International und des Arbeitskreises Asyl - Flüchtlingsrat Rheinland-Pfalz e.V. für die Dauer von zwei Jahren berufen werden.

Der amtierende Staatssekretär aus dem Integrationsministerium als Vorsitzender der Härtefallkommission, die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz und der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration können gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 der Härtefallkommissionsverordnung eine ständige Vertreterin bzw. einen ständigen Vertreter benennen. Von dieser Möglichkeit haben im Berichtszeitraum Frau Staatssekretärin a.D. Rohleder und Frau Bürgerbeauftragte Schleicher-Rothmund Gebrauch gemacht.

1.3 Verfahrensablauf

1.3.1 Eingaben an die Härtefallkommission

Die Härtefallkommission wird nach der Vorgabe des § 23a Abs. 2 AufenthG ausschließlich im Wege der Selbstbefassung tätig und tritt daher nur auf Antrag eines ihrer Mitglieder in die Beratung beziehungsweise Entscheidung ein, ob ein Härtefallersuchen gestellt wird (§ 3 Abs. 1 der Härtefallkommissionsverordnung).

Vor diesem Hintergrund nimmt die Geschäftsstelle seit August 2020 keine Eingaben von Dritten mehr an und bittet, sich direkt an ein Mitglied zu wenden. Sie können sich hierbei auch durch Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen,

Betreuungseinrichtungen, Flüchtlingsverbände oder andere Organisationen und sonstige Dritte vertreten lassen. Die Mitglieder entscheiden frei und unabhängig von Weisungen, ob ihnen die vorgetragenen Sachverhalte für eine entsprechende Beratung in der Härtefallkommission als geeignet erscheinen, um als Anträge auf Sachbefassung gemäß § 3 Abs. 1 der Härtefallkommissionsverordnung übernommen zu werden.

1.3.2 Rechtliche Folgen der Anrufung der Härtefallkommission

Die Härtefallkommission ist keine „Superrevisionsinstanz“; eine Beurteilung der Rechtmäßigkeit des bestandskräftigen Bescheids des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge findet nicht statt. Sie handelt im Rahmen des ihr gesetzlich nach § 23a AufenthG eingeräumten „Gnadenaktsverfahrens“.

Das Härtefallverfahren begründet gemäß § 23a AufenthG keine eigenen Rechte der ausländischen Staatsangehörigen. Ein Rechtsanspruch, dass die Härtefallkommission sich mit einem bestimmten Einzelfall befasst oder eine bestimmte Entscheidung trifft, besteht nicht. Die Anrufung der Härtefallkommission stellt keinen Rechtsbehelf dar und entfaltet keine aufschiebende Wirkung. Die

Geschäftsstelle der Härtefallkommission ersucht die zuständige Ausländerbehörde, zwecks Beratung in der Härtefallkommission, eine Duldung zu erteilen.

1.3.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen für eine Sachbefassung

Ein Antrag auf Sachbefassung der Härtefallkommission ist als unzulässig anzusehen und führt daher nicht zu einer Beratung, wenn

1. sich die Ausländerin oder der Ausländer nicht im Bundesgebiet aufhält,
2. keine rheinland-pfälzische Ausländerbehörde zuständig ist,
3. die Ausländerin oder der Ausländer nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist,
4. lediglich Gründe vorgetragen werden, die durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu prüfen sind,
5. Gründe vorliegen, die eine Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG oder ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse nach § 54 Abs. 1 AufenthG rechtfertigen oder
6. sich die Härtefallkommission bereits mit dem Fall befasst hat, ohne dass sich der Sachverhalt nachträglich zugunsten der Ausländerin oder des Ausländers geändert hat.

1.4 Verfahren der Härtefallkommission

Die Härtefallkommission tagt in nicht öffentlicher Sitzung.

Die Mitglieder haben über die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu wahren.

Die Mitglieder sind in ihren Entscheidungen frei und nicht an Weisungen gebunden.

Die Kommission wägt bei ihrer Beratung zu einem Härtefallersuchen ab, ob die dargelegten persönlichen oder humanitären Gründe der Ausreiseverpflichtung der betroffenen ausländischen Staatsangehörigen entgegenstehen und daher ein Härtefallersuchen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG an das Integrationsministerium gestellt werden soll. Die Entscheidungen beruhen auf einer wertenden Gesamtbetrachtung aller Umstände des konkreten Einzelfalls.

Die Beschlussfassung der Kommission über ein Härtefallersuchen erfolgt grundsätzlich in offener Abstimmung. Eine Empfehlung an das Integrationsministerium bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder (§ 5 Abs. 1 Härtefallkommissionsverordnung).

1.5 Entscheidung des Integrationsministeriums

Das Integrationsministerium prüft als oberste Landesbehörde für das Ausländerrecht, ob dem Ersuchen der Härtefallkommission entsprochen wird. Nach erfolgter Zustimmung durch die Integrationsministerin ergeht die Anordnung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis in der Regel zunächst für die Dauer eines Jahres an die zuständige Ausländerbehörde.

Beabsichtigt die Ausländerbehörde die Aufenthaltserlaubnis nach einem Jahr nicht zu verlängern, ist sie angehalten sich mit dem Integrationsministerium in das Benehmen zu setzen.

Nach § 3b Landesaufnahmegesetz RLP zahlt das Land den betroffenen Kommunen auf Antrag für die Dauer von bis zu fünf Jahren eine pauschale Aufwandserstattung in Höhe von monatlich 513,00 Euro für jede Person, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG erhalten hat und im Sozialleistungsbezug steht.

1.6 Geschäftsstelle der Härtefallkommission

Zur Unterstützung der Härtefallkommission ist eine Geschäftsstelle eingerichtet. Die

Geschäftsstelle der Härtefallkommission bereitet die Sitzungen organisatorisch und inhaltlich vor und prüft das Vorliegen der Zulässigkeitsvoraussetzungen der Härtefallanträge. Hierzu gehört auch eine damit verbundene Sachaufklärung vor der abschließenden Beratung. Hierbei wird die zuständige Ausländerbehörde um Auskunftserteilung zu den jeweiligen Vorgängen gebeten.

Die Beratungsunterlagen werden den Kommissionsmitgliedern in der Regel eine Woche vor Sitzungsbeginn übermittelt.

Über jede Sitzung der Härtefallkommission fertigt die Geschäftsstelle ein Ergebnisprotokoll.

Nach Abschluss des Härtefallverfahrens werden die Betroffenen und die zuständige Ausländerbehörde über die Entscheidungen der Härtefallkommission und des Integrationsministeriums unterrichtet.

Die Geschäftsstelle führt auch die Statistik.

2. Härtefallkommissionsstatistik

2.1 Berichtszeitraum 2019

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 149 Anträge an die Geschäftsstelle gerichtet. Dies stellt gegenüber dem Jahr 2018 eine Zunahme um 24 Anträge/Eingaben (rd. 19%) und 30 Personen in 2019 (rd. 8%) dar. Die 149 Anträge und Eingaben Dritter betrafen 409 Personen aus 28 Nationen (Tabelle 1).

Bei 32 von ausländischen Staatsangehörigen übermittelten Eingaben (93 Personen) sah das vorsitzende Mitglied der Härtefallkommission unter anderem mangels substantieller Begründung oder fehlender Zulässigkeitsvoraussetzungen von einer Sachbefassung der Härtefallkommission ab (siehe auch Ziffer 1.3.1). Ebenfalls erledigten sich 28 Anträge (84 Personen) von Kommissionsmitgliedern vor einer Beratung durch Antragsrücknahme, Erteilung von Aufenthaltsrechten durch die zuständigen Ausländerbehörden oder durch Unzulässigkeitsgründe (Tabelle 2). Somit lagen der Geschäftsstelle im Jahr 2019 89 entscheidungsfähige Anträge zur Bearbeitung vor, die 232 Personen betroffen haben. Die Anträge verteilten sich auf Staatsangehörige aus 23 Nationen (Tabelle 3).

Tabelle 1: Auflistung der Herkunftsländer und Personenanzahl für die eingegangenen Anträge und Eingaben Dritter für das Jahr 2019

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|-------------------------|--------------------------|-----------------|
| Aserbaidschan | 23 | 87 |
| Russische Föderation | 18 | 67 |
| Kosovo | 14 | 28 |
| Pakistan | 11 | 22 |
| Armenien | 10 | 24 |
| Mazedonien | 9 | 32 |
| Ägypten | 8 | 23 |
| Eritrea | 8 | 10 |
| Georgien | 7 | 21 |
| Albanien | 6 | 18 |
| Serbien | 5 | 20 |
| Iran | 4 | 6 |
| Somalia | 3 | 5 |
| Sudan | 3 | 4 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Bosnien und Herzegowina | 2 | 11 |
| Ghana | 2 | 2 |
| Nigeria | 2 | 2 |
| Türkei | 2 | 6 |
| Zentralafrika | 2 | 2 |
| Afghanistan | 1 | 3 |

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Brasilien | 1 | 1 |
| Guinea | 1 | 1 |
| Kamerun | 1 | 1 |
| Malaysia | 1 | 2 |
| Montenegro | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 4 |
| Tschetschenien | 1 | 4 |
| insgesamt | 149 | 409 |

Tabelle 2: Anträge und Eingaben Dritten sowie sonstige Erledigungen im Zeitraum 2019

| Zeitraum 2019 | | | |
|---|---------------------|-------------------------|----------------------|
| | Anträge | Eingaben Dritter | Insgesamt |
| Eingänge | 94 | 55 | 149 |
| Personenanzahl | 233 | 176 | 409 |
| Erledigungen vor Sachbefassung der Härtefallkommission | 28 (84 Personen) | 32 (93 Personen) | 60 (177 Personen) |

Tabelle 3: Auflistung der entscheidungsfähigen Anträge in 2019 nach Herkunftsländern und
Personenanzahl

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Russische Föderation | 12 | 41 |
| Aserbaidshan | 11 | 44 |
| Kosovo | 9 | 22 |
| Ägypten | 7 | 22 |

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Georgien | 6 | 16 |
| Pakistan | 6 | 9 |
| Armenien | 4 | 9 |
| Eritrea | 4 | 4 |
| Iran | 4 | 6 |
| Serbien | 4 | 17 |
| Albanien | 3 | 6 |
| Mazedonien | 3 | 9 |
| Somalia | 3 | 5 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Sudan | 2 | 3 |
| Zentralafrika | 2 | 2 |
| Brasilien | 1 | 1 |
| Kamerun | 1 | 1 |
| Malaysia | 1 | 2 |
| Montenegro | 1 | 1 |
| Nigeria | 1 | 1 |
| Tschetschenien | 1 | 4 |
| Türkei | 1 | 5 |
| insgesamt | 89 | 232 |

In der nachfolgenden Tabelle 4 werden die Anzahl der Anträge/Eingaben Dritter aus 2019 und die hierzu ergangenen Anordnungen nach § 23a AufenthG verteilt nach Kommunen zum Stichtag 21. Juni 2021 dargestellt. Von den 89 zulässigen Anträgen wurden 84 beraten. 76 Anträge führten zu einem Härtefallersuchen, denen sich 76 Anordnungen zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an die zuständigen Ausländerbehörden durch das Integrationsministerium anschlossen. Acht Anträge waren erfolglos und führten nicht zu einem Härtefallersuchen. Fünf Anträge wurden bisher in der Kommission nicht beraten.

Tabelle 4: Anträge/Eingaben Dritten aus 2019 sowie die ergangenen Anordnungen nach § 23a AufenthG verteilt nach Kommunen

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | Anordnungen² |
|---------------------|---|---|--|--------------------------------|
| Landkreise | | | | |
| Ahrweiler | 1 | - | 1 | - |
| Altenkirchen | 5 | 1 (Antrag noch nicht beraten) | 4 | - |
| Alzey-Worms | 13 | 8 | 5 | 8 |
| Bad Dürkheim | 9 | 6 | 3 | 6 |
| Bad Kreuznach | 3 | 1 | 3 | - |
| Bernkastel-Wittlich | 4 | 2 | 2 | 2 |
| Birkenfeld | 1 | - | 1 | - |
| Bitburg-Prüm | 4 | 3 | 1 | 3 |
| Cochem-Zell | - | - | - | - |
| Donnersbergkreis | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Germersheim | 6 | 3 | 3 | 3 |
| Kaiserslautern | 6 | 2 | 4 | 2 |
| Kusel | 1 | - | 1 | - |
| Mainz-Bingen | 11 | 10 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 4 | 6 |

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | An- ordnungen² |
|--------------------------|---|---|--|--------------------------------------|
| Mayen-Koblenz | 4 | 4 | 1 | 3 |
| Neuwied | 3 | 1 | 2 | 1 |
| Rhein-Hunsrück- Kreis | 4 | 3 | 1 | 3 |
| Rhein-Lahn-Kreis | - | - | - | - |
| Rhein-Pfalz-Kreis | 3 | 3 | - | 3 |
| Südliche Weinstraße | 4 | 3 | 1 | 3 |
| Südwestpfalz | 1 | - | 1 | - |
| Trier-Saarburg | 6 | 4 | 2 | 4 |
| Vulkaneifel | - | - | - | - |
| Westerwaldkreis | 8 | 4 | 4 | 4 |
| Kreisfreie Städte | | | | |
| Frankenthal | 1 | 1 | - | 1 |
| Kaiserslautern | 4 | 3 | 1 | 3 |
| Koblenz | 5 | 1 | 4 | 1 |
| Landau | | | | |
| Ludwigshafen am Rhein | 8 | 6 | 3 | 5 |
| Mainz | 13 | 9 (davon 3 Anträge noch nicht beraten) | 5 | 5 |

| | | | | |
|------------------|---------------------------------------|------------------------------------|--|--------------------------------|
| Neustadt a.d.W. | 3 | 1 | 2 | 1 |
| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | Anordnungen² |
| Pirmasens | 1 | 1 | 1 | - |
| Speyer | 3 | 2 | 1 | 2 |
| Trier | 2 | - | 2 | - |
| Worms | 10 | 6 | 4 | 6 |
| Zweibrücken | - | - | - | - |
| insgesamt | 149 | 89 | 68 | 76 |

¹Sonstige Erledigung vor Sachbefassung der Härtefallkommission oder Ablehnung nach Sachbefassung der Härtefallkommission. In acht Fällen wurde nach der Sachbefassung in der Kommission kein Härtefallersuchen an das Ministerium gestellt.

²Die Anordnungen sind ggf. in 2020 oder 2021 ergangen.

Die Härtefallkommission befasste sich im Jahr 2019 in neun Sitzungen mit 47 Anträgen (für insgesamt 135 Personen), von denen 26 Anträge (insgesamt 79 Personen) aus dem Jahr 2018 stammten (Tabelle 5). 37 Anträge (116 Personen) führten zu einem Härtefallersuchen, denen sich 37 Anordnungen des Integrationsministeriums zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für 116 Personen an die zuständigen Ausländerbehörden anschlossen. Hauptherkunftsländer der von den Ersuchen Begünstigten waren die Russische Föderation mit sieben Anträgen für 32 Personen (rd. 19% der Anträge), gefolgt vom Kosovo mit sechs Anträgen

für 17 Personen (rd. 16%) sowie Pakistan mit drei Anträgen für 12 Personen (rd. 8%) (Tabelle 6). In zehn Fällen (rd. 21%) für 19 Personen erfolgten Ablehnungen.

Tabelle 5: Auflistung der **beratene**n Fälle in 2019 nach Herkunftsländern und Personenzahl

| Herkunftsländer | Anträge | Personen |
|-------------------------|----------------|-----------------|
| Russische Föderation | 8 | 34 |
| Kosovo | 6 | 17 |
| Georgien | 5 | 17 |
| Pakistan | 3 | 12 |
| Ägypten | 2 | 2 |
| Albanien | 2 | 5 |
| Armenien | 2 | 4 |
| Aserbaidschan | 2 | 10 |
| Mazedonien | 2 | 8 |
| Serbien | 2 | 6 |
| Somalia | 2 | 2 |
| Äthiopien | 1 | 1 |
| Bosnien und Herzegowina | 1 | 4 |
| Brasilien | 1 | 1 |
| China | 1 | 1 |
| Eritrea | 1 | 1 |
| Ghana | 1 | 1 |
| Libanon | 1 | 1 |
| Malaysia | 1 | 2 |
| Nigeria | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 1 |
| Tschetschenien | 1 | 4 |
| insgesamt | 47 | 135 |

Tabelle 6: Auflistung der **Härtefallersuchen** in 2019 nach Herkunftsländern und
Personenanzahl

| Herkunftsländer | Anträge | Personen |
|-------------------------|----------------|-----------------|
| Russische Föderation | 7 | 32 |
| Kosovo | 6 | 17 |
| Pakistan | 3 | 12 |
| Albanien | 2 | 5 |
| Armenien | 2 | 4 |
| Aserbaidshan | 2 | 10 |
| Georgien | 2 | 7 |
| Mazedonien | 2 | 8 |
| Serbien | 2 | 6 |
| Somalia | 2 | 2 |
| Äthiopien | 1 | 1 |
| Bosnien und Herzegowina | 1 | 4 |
| Brasilien | 1 | 1 |
| Eritrea | 1 | 1 |
| Nigeria | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 1 |
| Tschetschenien | 1 | 4 |
| insgesamt | 37 | 116 |

Tabelle 7: Tabellarische Gesamtübersicht für das Jahr 2019

| ab 01.01.2019 bis 31.12.2019 | Eingänge (Anträge/ Eingaben) an die Geschäftsstelle der Härtefall- kommission (HFK) insgesamt in 2019 | Sonstige Erledigung vor Sachbefassung der HFK (Unzulässig- keit, Rücknahme, Er- teilung Aufenthalts- erlaubnis durch Ausländerbehörde etc.) in 2019 | Befassung in den HFK-Sitzungen 2019 (inkl. Fälle aus dem Vorjahr) | Härtefallersuchen in 2019 | Ablehnung in 2019 | Anordnungen gemäß § 23 a AufenthG in 2019 |
|---------------------------------|--|--|--|------------------------------|----------------------|---|
| Anträge | 149 | 60 | 47 | 37 | 10 | 37 |
| Personen | 409 | 177 | 135 | 116 | 19 | 116 |

2.3 Berichtszeitraum 2020

Im Jahr 2020 wurden insgesamt 151 Anträge an die Geschäftsstelle gerichtet. Dies stellt gegenüber dem Jahr 2019 eine Zunahme um zwei Eingänge (rd. 1%) und Abnahme um 24 Personen (rd. 6%) dar. Die 151 Anträge und Eingaben Dritter betrafen 385 Personen aus 27 Nationen (Tabelle 8).

Bei 34 von ausländischen Staatsangehörigen übermittelten Eingaben (70 Personen) sah das vorsitzende Mitglied der Härtefallkommission unter anderem mangels substantieller Begründung oder fehlender Zulässigkeitsvoraussetzungen von einer Sachbefassung der Härtefallkommission ab (siehe auch Ziffer 1.3.1). Ebenfalls erledigten sich 22 Anträge (58 Personen) von Kommissionsmitgliedern vor einer

Beratung durch Antragsrücknahme, Erteilung von Aufenthaltsrechten durch die zuständigen Ausländerbehörden oder durch Unzulässigkeitsgründe (Tabelle 9). Somit lagen der Geschäftsstelle im Jahr 2020 95 entscheidungsfähige Anträge zur Bearbeitung vor, die 257 Personen betroffen haben. Die Anträge verteilten sich auf Staatsangehörige aus 20 Nationen (Tabelle 10).

Tabelle 8: Auflistung der Herkunftsländer und Personenanzahl für die eingegangenen Anträge und Eingaben Dritter für das Jahr 2020

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|-------------------------|--------------------------|-----------------|
| Aserbaidschan | 29 | 92 |
| Ägypten | 23 | 62 |
| Armenien | 17 | 48 |
| Pakistan | 12 | 19 |
| Russische Föderation | 12 | 51 |
| Iran | 9 | 15 |
| Georgien | 6 | 19 |
| Afghanistan | 4 | 4 |
| Eritrea | 4 | 8 |
| Marokko | 4 | 9 |
| Serbien | 4 | 8 |
| Nigeria | 3 | 7 |
| Somalia | 3 | 3 |
| Syrien | 3 | 8 |
| Türkei | 3 | 7 |
| Albanien | 2 | 3 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Algerien | 1 | 1 |
| Äquatorialguinea | 1 | 1 |
| Bosnien und Herzegowina | 1 | 1 |
| Irak | 1 | 1 |

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Kosovo | 1 | 1 |
| Mazedonien | 1 | 5 |
| Senegal | 1 | 2 |
| Sudan | 1 | 3 |
| Ukraine | 1 | 1 |
| Vietnam | 1 | 3 |
| Unbekannt | 1 | 1 |
| Insgesamt | 151 | 385 |

Tabelle 9: Anträge und Eingaben Dritten sowie sonstige Erledigungen im Zeitraum 2020

| Zeitraum 2020 | | | |
|--|---------------------|-------------------------|----------------------|
| | Anträge | Eingaben Dritter | Insgesamt |
| Eingänge | 100 | 51 | 151 |
| Personenanzahl | 255 | 130 | 385 |
| Erledigungen vor Sachbefassung der Härtefallkommission | 22 (58 Personen) | 34 (70 Personen) | 56 (128 Personen) |

Tabelle 10: Auflistung der entscheidungsfähigen Anträge in 2020 nach Herkunftsländern und Personenzahl

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Aserbaidshan | 23 | 74 |
| Ägypten | 16 | 43 |
| Armenien | 11 | 31 |

| Herkunftsländer | Anträge/ Eingaben | Personen |
|------------------------|--------------------------|-----------------|
| Russische Föderation | 8 | 35 |
| Georgien | 6 | 19 |
| Iran | 6 | 11 |
| Pakistan | 4 | 4 |
| Eritrea | 3 | 7 |
| Somalia | 3 | 3 |
| Türkei | 3 | 7 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Marokko | 2 | 7 |
| Algerien | 1 | 1 |
| Kosovo | 1 | 1 |
| Mazedonien | 1 | 5 |
| Nigeria | 1 | 2 |
| Senegal | 1 | 2 |
| Serbien | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 1 |
| Ukraine | 1 | 1 |
| Insgesamt | 95 | 257 |

In der nachfolgenden Tabelle 11 werden die Anzahl der Anträge/ Eingaben Dritter aus 2020 und die hierzu ergangenen Anordnungen nach § 23a AufenthG verteilt nach Kommunen zum Stichtag 21. Juni

2021 dargestellt. Von den 95 zulässigen Anträgen wurden 77 beraten. 75 Anträge führten zu einem Härtefallersuchen, denen sich 75 Anordnungen zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen an die

zuständigen Ausländerbehörden durch das Integrationsministerium anschlossen. Zwei Anträge waren erfolglos und führten

nicht zu einem Härtefallersuchen. 18 Anträge wurden im Berichtsjahr nicht in der Härtefallkommission beraten.

Tabelle 11: Anträge/Eingaben Dritten aus 2020 sowie die ergangenen Anordnungen nach § 23a AufenthG verteilt nach Kommunen

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | Anordnungen² |
|---------------------|---|---|--|--------------------------------|
| Landkreise | | | | |
| Ahrweiler | 1 | - | 1 | - |
| Altenkirchen | 4 | 2 (1 Antrag noch nicht beraten) | 2 | 1 |
| Alzey-Worms | 11 | 9 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 2 | 8 |
| Bad Dürkheim | 4 | 4 (davon 2 Anträge noch nicht beraten) | - | 2 |
| Bad Kreuznach | 8 | 5 | 3 | 5 |
| Bernkastel-Wittlich | 4 | 4 (davon 2 Anträge noch nicht beraten) | - | 2 |
| Birkenfeld | - | - | - | - |

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | An- ordnungen² |
|--------------------------|---|---|--|--------------------------------------|
| Bitburg-Prüm | 4 | 3 (davon 2 Anträge noch nicht beraten) | 1 | 1 |
| Cochem-Zell | 1 | 1 | - | - |
| Donnersbergkreis | 1 | 1 | - | 1 |
| Germersheim | 7 | 5 | 2 | 5 |
| Kaiserslautern | 5 | 2 | 3 | 2 |
| Kusel | 2 | - | 2 | - |
| Mainz-Bingen | 8 | 2 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 6 | 1 |
| Mayen-Koblenz | 7 | 3 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 4 | 2 |
| Neuwied | 10 | 6 (davon 2 Anträge noch nicht beraten) | 4 | 4 |
| Rhein-Hunsrück- Kreis | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Rhein-Lahn-Kreis | - | - | - | - |

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung¹ | An- ordnungen² |
|---------------------|---|--|--|--------------------------------------|
| Rhein-Pfalz-Kreis | 1 | - | 1 | - |
| Südliche Weinstraße | 4 | 4 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | - | 3 |
| Südwestpfalz | - | - | - | - |
| Trier-Saarburg | 6 | 3 | 3 | 3 |
| Vulkaneifel | 3 | - | 3 | - |
| Westerwaldkreis | 5 | 4 | 1 | 4 |
| Städte | | | | |
| Frankenthal | - | - | - | - |
| Kaiserslautern | 7 | 7 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | - | 6 |
| Koblenz | 5 | 3 | 2 | 3 |
| Landau | 1 | - | 1 | - |
| Ludwigshafen | 6 | 4 | 2 | 4 |
| Mainz | 12 | 7 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 5 | 6 |

| Kommune | Eingegangene Anträge/ Eingaben | Zulässige Anträge/ Eingaben | Sonstige Erledigung und Ablehnung ¹ | An- ordnungen ² |
|------------------|-----------------------------------|--|--|-------------------------------|
| Neustadt a.d.W. | 3 | 3 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | - | 2 |
| Pirmasens | 1 | 1 | - | 1 |
| Speyer | 2 | 2 | - | 2 |
| Trier | 7 | 6 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 1 | 4 |
| Worms | 4 | 2 (davon 1 Antrag noch nicht beraten) | 2 | 1 |
| Zweibrücken | 2 | 1 | 1 | 1 |
| unbekannt | 3 ³ | - | 3 | - |
| insgesamt | 151 | 95 | 56 | 75 |

¹Sonstige Erledigung vor Sachbefassung der Härtefallkommission oder Ablehnung nach Sachbefassung der Härtefallkommission. In zwei Fällen wurden nach der Sachbefassung in der Kommission keine Härtefallersuchen an das Ministerium gestellt.

²Die Anordnungen sind ggf. in 2021 ergangen.

³Eingaben wurden als unzulässig abgelehnt.

Die Härtefallkommission befasste sich im Jahr 2020 in 13 Sitzungen mit 109 Anträgen (für insgesamt 286 Personen), von denen zwei Anträge (insgesamt drei

Personen) aus dem Jahr 2018 und 63 Anträge (175 Personen) aus dem Jahr 2019 stammten (Tabelle 12). Aufgrund der COVID-19 bedingten Einschränkungen

fanden die Sitzungen ab April 2020 als Telefon- und Videokonferenzen statt.

102 Anträge (272 Personen) führten zu einem Härtefallersuchen, denen sich 102 Anordnungen zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für 272 Personen an die zuständigen Ausländerbehörden durch das Integrationsministerium anschlossen.

Hauptherkunftsländer der von den Ersuchen Begünstigten waren Aserbaidschan mit 17 Anträgen für 70 Personen (rd. 17% der Anträge), gefolgt von Ägypten (23 Personen) und der

Russischen Föderation (38 Personen) mit je zehn Anträgen (rd. 10% der Anträge) (Tabelle 13). In fünf Fällen (neun Personen) erfolgten nach Abschluss der Beratungen die Ablehnungen. Zwei Fälle (fünf Personen) wurden in den Sitzungen zurückgestellt und in das Jahr 2021 verlagert.

Tabelle 12: Auflistung der **berateten** Fälle in 2020 nach Herkunftsländern und Personenzahl

| Herkunftsländer | Anträge | Personen |
|------------------------|----------------|-----------------|
| Aserbaidschan | 20 | 76 |
| Ägypten | 12 | 28 |
| Russische Föderation | 10 | 38 |
| Pakistan | 8 | 8 |
| Armenien | 7 | 20 |
| Georgien | 7 | 21 |
| Iran | 6 | 9 |
| Kosovo | 6 | 19 |
| Somalia | 6 | 8 |
| Eritrea | 5 | 7 |
| Mazedonien | 3 | 9 |

| Herkunftsländer | Anträge | Personen |
|------------------------|----------------|-----------------|
| Albanien | 2 | 5 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Nigeria | 2 | 3 |
| Serbien | 2 | 10 |
| Tschetschenien | 2 | 6 |
| Algerien | 1 | 1 |
| Kamerun | 1 | 2 |
| Marokko | 1 | 3 |
| Senegal | 1 | 2 |
| Sudan | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 1 |
| Türkei | 1 | 5 |
| Ukraine | 1 | 1 |
| Zentralafrika | 1 | 1 |
| insgesamt | 109 | 286 |

Tabelle 13: Auflistung der **Härtefallersuchen** in 2020 nach Herkunftsländern und Personenzahl

| Herkunftsländer | Anträge | Personen |
|------------------------|----------------|-----------------|
| Aserbaidsschan | 17 | 70 |
| Ägypten | 10 | 23 |
| Russische Föderation | 10 | 38 |
| Armenien | 7 | 20 |

| Herkunftslander | Antrage | Personen |
|------------------------|----------------|-----------------|
| Georgien | 7 | 21 |
| Pakistan | 7 | 7 |
| Iran | 6 | 9 |
| Kosovo | 6 | 19 |
| Somalia | 6 | 8 |
| Eritrea | 5 | 7 |
| Mazedonien | 3 | 9 |
| Albanien | 2 | 5 |
| Äthiopien | 2 | 2 |
| Nigeria | 2 | 3 |
| Serbien | 2 | 10 |
| Tschetschenien | 2 | 6 |
| Algerien | 1 | 1 |
| Marokko | 1 | 3 |
| Senegal | 1 | 2 |
| Sudan | 1 | 1 |
| Syrien | 1 | 1 |
| Türkei | 1 | 5 |
| Ukraine | 1 | 1 |
| Zentralafrika | 1 | 1 |
| insgesamt | 102 | 272 |

Tabelle 14: Gesamtübersicht für das Jahr 2020

| ab 01.01.2020 bis 31.12.2020 | Eingänge (Anträge/ Eingaben) an die Geschäftsstelle der Härtefallkommission (HFK) insgesamt in 2020 | Sonstige Erledigung vor Sachbefassung der HFK (Unzulässigkeit, Rücknahme, Erteilung Aufenthaltserlaubnis durch Ausländerbehörde etc.) in 2020 | Befassung in den HFK-Sitzungen 2020 (inkl. Fälle aus den Vorjahren) | Härtefallersuchen in 2020 | Ablehnung in 2020 | Zurückgestellte Anträge nach der HFK-Beratung in 2020 | Anordnungen gemäß § 23 a AufenthG in 2020 |
|------------------------------|---|---|---|---------------------------|-------------------|---|---|
| Anträge | 151 | 56 | 109 | 102 | 5 | 2 | 102 |
| Personen | 385 | 128 | 286 | 272 | 9 | 5 | 272 |

3. Antrags- und Entscheidungsgründe

Bei den in der Härtefallkommission zur Beratung anstehenden Fällen handelt es sich wie in den vergangenen Jahren überwiegend um abgelehnte Asylbegehrende, die nach unanfechtbarer Ablehnung ihrer Asylanträge teilweise mehrjährig aus Gründen in Deutschland blieben, die sie nicht zu vertreten hatten (z.B. Erkrankung, Probleme bei der Passbeschaffung, Situation im Heimatland, lange Bearbeitungsdauer der Asylverfahren durch das BAMF etc.).

Hauptgründe für die Anrufung der Härtefallkommission waren neben den Erfolgen bei der Integration – insbesondere bei den im Bundesgebiet geborenen oder aufgewachsenen Kindern – Erkrankungen (insbesondere psychische Erkrankung/Traumatisierung), die fehlende Existenzgrundlage im Heimatland oder auch die mangelhafte medizinische Versorgung im Heimatland etc. Die Kommission berücksichtigt bei ihrer

Entscheidung insbesondere die Aufenthaltsdauer in Deutschland, Sprachkenntnisse, erworbene Qualifikationen beziehungsweise Schulbesuche, die Beschäftigungsaufnahme und die damit verbundene Lebensunterhaltsicherung und die Integration in die örtliche Gemeinschaft.

Die Sachverhalte, welche nach Beratung und Beschlussfassung in der Kommission zu einem Härtefallersuchen an das Integrationsministerium führten, lassen sich im Wesentlichen in drei große Gruppen unterteilen:

- Personen mit teilweise mehrjährigem Aufenthalt in Deutschland, die das Ausreisehindernis grundsätzlich nicht zu vertreten haben und bei denen von einer erfolgreichen Integration ausgegangen werden kann.
- In Deutschland geborene oder in jungen Jahren eingereiste Kinder, die ihre Kindheits- und Jugendjahre

überwiegend in Deutschland
verbracht haben bzw. verbringen.

- Personen mit kürzeren
Aufenthaltszeiten, für die jedoch eine
positive Integrationsprognose
erkennbar ist und die sich in
individuellen Sondersituationen
befinden. Diese Sondersituationen
begründen sich beispielsweise in den
familiären Verhältnissen und
Erkrankungen beziehungsweise
Behinderungen, sowie die teilweise
damit verbundene Perspektivlosigkeit
bei einer Rückkehr ins Heimatland.

Ausschlaggebende Gesichtspunkte für die
negativen Entscheidungen in 15 Fällen
waren

- keine ausreichenden, sich von
vergleichbaren Fällen abhebenden
substanziellen humanitären und
persönlichen Gründe,
- mangelnde Integration,

- das selbstverursachte Vorliegen von
Ausreisehindernissen (z.B. durch
Täuschung über die Identität).

Die Gründe für die Zurückstellung von
zwei Fällen waren die Einholung von
weiteren Unterlagen für die
Erkenntnisfindung und Entscheidung der
Härtefallkommission.

Geschäftsstelle der Härtefallkommission

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und
Integration Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Str. 5a

55116 Mainz

IMPRESSUM

Geschäftsstelle der Härtefallkommission (Hrsg.)

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 5a

55116 Mainz

Tel.: 06131 16-0

E-Mail: poststelle@mffki.rlp.de

Internet: www.mffki.rlp.de

Erscheinungstermin: *September 2021*